

«Erfolgsmodell» mit Startschwierigkeiten

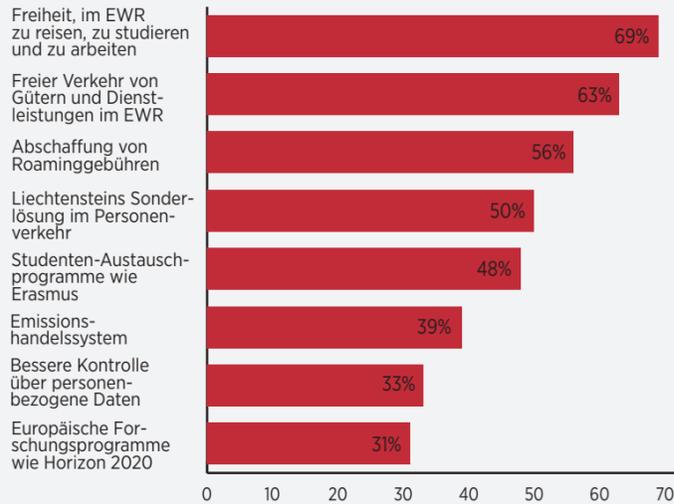
Wandel Vor 25 Jahren trat das Fürstentum Liechtenstein dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bei. Löste die Diskussion zum Beitritt einst eine Staatskrise aus, steht der Grossteil der Bevölkerung heute hinter dem Abkommen. Das bestätigt eine aktuelle Umfrage des Liechtenstein Instituts.

VON MICHAEL WANGER

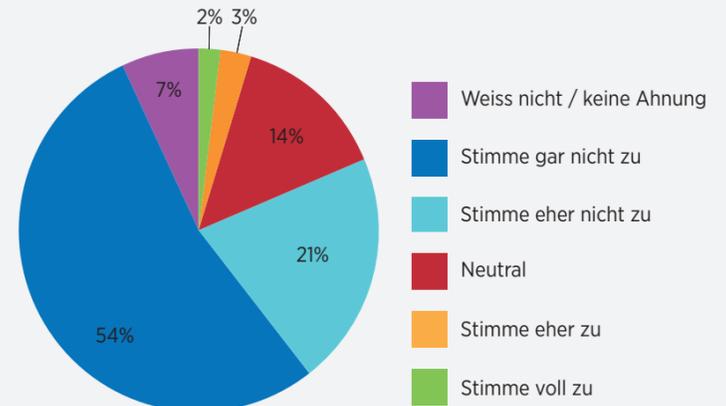
Der Beitritt Liechtensteins in den EWR jährt sich am 1. Mai zum 25. Mal. Dieser Schritt war damals aber alles andere als einfach. In der Tat lösten die Diskussionen im Vorfeld zur Volksabstimmung über den Beitritt 1992 eine Staatskrise aus: Fürst Hans-Adam II. forderte, dass die Liechtensteiner vor ihren Schweizer Nachbarn abstimmen. Zu gross war die Angst davor, dass sie sich vom Resultat der Schweizer beeinflussen lassen könnten. Fürst und Regierung fanden allerdings eine gemeinsame Lösung und der Abstimmungstermin wurde nicht vorverlegt. Tatsächlich lehnte die Schweiz den Beitritt dann auch ab. Liechtenstein liess sich davon aber nicht beeinflussen und sprach sich im Dezember 1992 für den Beitritt aus – wenn auch zwiegespalten mit einer 55,8-prozentigen Mehrheit. Unvorstellbar, wenn man bedenkt, dass heute ein Grossteil der Bevölkerung hinter der Mitgliedschaft steht. Zu diesem Schluss kam eine Umfrage des Liechtenstein-Instituts. Diese liegt dem Bericht und Antrag der Regierung (BuA) zum 25-Jahr-Jubiläum des EWR-Beitritts bei. Im Zeitraum zwischen dem 22. Januar und dem 24. Februar nahmen 1276 Personen an der Umfrage teil, wovon 1222 ein gültiges Interview beim Liechtenstein-Institut einreichten. Rund 76 Prozent aller Befragten sind dem EWR wohlgesonnen. Viele davon sind sogar der Ansicht, dass Liechtenstein mit dem Beitritt souveräner geworden ist. Überzeugte Gegner der Mitgliedschaft sind hingegen nur 5 Prozent. Die meisten mussten sich allerdings zugestehen, nicht viel über den EWR zu wissen.

25 Jahre Mitgliedschaft im EWR

Bedeutung von EWR-Erreugnissen für Liechtenstein



Die Zukunft des EWR-Abkommens



Quelle: BuA EWR; Grafik: «Volksblatt», lk

Lediglich jeder Dritte gab an, in diesem Thema sattelfest zu sein. Fast jeder Vierte weiss wenig bis gar nichts über das Abkommen. Dennoch zeigt die Umfrage, welche drei Auswirkungen des EWR die Befragten am meisten schätzen: Die Freiheit, im EWR zu reisen, arbeiten oder zu studieren liegt mit 69 Prozent aller Stimmen am weitesten vorne. Gefolgt vom freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen mit 63 Prozent. Ebenfalls sind die Bürger zufrieden, dass es in EWR-Staaten keine Roaminggebühren mehr gibt. Immerhin mehr als die Hälfte aller Umfrageteilnehmer sieht das so. Weitere Vorteile seien auch EU-Projekte

wie zum Beispiel das Bildungsangebot Erasmus+ oder die allgemeinen Datenschutzrichtlinien.

Wo Licht ist, ist auch Schatten

Wie alle Dinge hat auch die EWR-Mitgliedschaft seine Nachteile. In Bezug auf Liechtenstein betreffen diese hauptsächlich die Unternehmen: Mehr als die Hälfte aller Befragten finden, dass das Abkommen einen grösseren administrativen Aufwand für Firmen verursacht. Die Mitgliedschaft fördere im Gegenzug jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft und vertrete deren Interessen.

Trotz der grösseren Bürokratie halten rund 70 Prozent aller Umfrageteilnehmer die EWR-Mitgliedschaft weiterhin für die beste Lösung – auch in Zukunft. Ein allfälliger Austritt aus dem EWR käme demnach für drei Viertel der Befragten überhaupt nicht infrage. Genau so wenig wie ein Beitritt zur Europäischen Union (EU). Denn mit einem EU-Beitritt befürchten die Bürger eine noch grössere Bürokratie und einen zu hohen Geldtransfer in andere Mitgliedsstaaten. Zudem sähen sie dadurch die Volksrechte eingeschränkt. In einem anderen Szenario könnte Liechtenstein seine Politik – anstelle des EWR – an die Europapolitik der

Schweiz annähern. Doch auch diese Lösung lehnt die Mehrheit der Befragten ab.

25 Jahre nach dem damals so umstrittenen Beitritt Liechtensteins geht das Volk also überzeugt den Mittelweg in Sachen Europapolitik: Es möchte sich weder vom EWR lossagen noch der EU beitreten. Diesem Stimmungsbild schliesst sich auch Regierungschef Adrian Hasler an, wie er in einer Mitteilung schreibt: «Der EWR ist für Liechtenstein ein Erfolgsmodell und hat sich bis heute als die beste Integrationslösung erwiesen.»

Alle Ergebnisse der Umfrage finden Sie im BuA Nr. 34/2020. Dieser ist bei der Regierungskanzlei oder digital unter www.rk.llv.li erhältlich.

ANZEIGEN

baustelleninfo
AMT FÜR BAU UND INFRASTRUKTUR
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

**Umbau Römerhofkreuzung
Landstrasse Balzers**

Das Land Liechtenstein und die Gemeinde Balzers werden am 14. April 2020 den Umbau der Römerhofkreuzung in Angriff nehmen.

Die Fahrbahn und die Randabschlüsse sind in einem schlechten Zustand und müssen ersetzt werden. Die Lage des Knotens bleibt im Wesentlichen unverändert. Durch die Verschiebung der Bushaltestelle kann der Knoten kompakter gestaltet werden.

Mit den geplanten Strassenbaumassnahmen kann für einen weiteren Abschnitt der Landstrasse die Verkehrs- und Betriebssicherheit wesentlich erhöht und die geforderte Gebrauchstauglichkeit über viele Jahre wiederhergestellt werden.

Das Amt für Bau und Infrastruktur ist bemüht, die Bauarbeiten so zügig wie möglich auszuführen und dankt bereits im Voraus für Ihr Verständnis.

AMT FÜR BAU UND INFRASTRUKTUR
www.abi.llv.li

Iramali soll sicherer für Fussgänger werden

Massnahmen Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, die Strassenkreuzung Iramali / Insel für Fussgänger sicherer zu gestalten. Hierfür genehmigte dieser einen Kredit von 65 000 Franken.

VON MICHAEL WANGER

Im vergangenen Herbst wünschten sich mehrere Bewohner des Quartiers Iramali, dass die Gemeinde etwas gegen die aktuelle Situation an der gleichnamigen Strasse unter-

nimmt. Seit der letzten Belagssanierung 2017 gibt es nämlich keinen Fussgängerstreifen mehr. Heute signalisiert lediglich noch eine Bodenmarkierung mit Fussabdrücken, wo ein Fussgänger die Strasse überqueren darf.

Die Gemeinde sehe aufgrund aktueller Messungen zwar keinen dringenden Handlungsbedarf, berücksichtige allerdings, dass es sich bei der Strasse Iramali um einen Schulweg handelt. Laut dem Gemeinderatsprotokoll vom 1. April liess der Gemeinderat deshalb sieben Varianten mit Lösungsvorschlägen ausarbeiten. Für folgende habe sich der Gemeinderat entschieden: Die sogenannte Aufstellfläche, also der Be-



Seit 2017 gibt es an der Kreuzung keinen Zebrastreifen mehr. (Foto: Geodaten llv)

reich, in dem die Fussgänger am Strassenrand stehen, soll auf beiden Strassenseiten breiter werden. Damit verkürzt sich für Passanten der Weg über die Strasse. Zudem verlangsamt dieses Hindernis im gleichen Zug den Verkehr an der Kreuzung – was der Sicherheit der Fussgänger zugutekommt. Die Aufstellfläche werde zudem mit Farbe und einem Schutzpfosten markiert. Ausserdem will die Gemeinde im selben Bereich einen Baum pflanzen und eine Sitzgelegenheit schaffen.

Räumlichkeiten an der Fürstenstrasse

Knapp 300 000 Franken für Seniorentreff

BALZERS Lange hat die Seniorenkommission Balzers nach einem passenden Treffpunkt für Senioren gesucht. Nun ist sie fündig geworden: In einer Liegenschaft an der Fürstenstrasse. Die Räumlichkeiten sollen auch Familien, Müttern mit Kindern und ähnlichen Gruppen dienen. Der Balzner Gemeinderat genehmigte für die Realisierung einen Nachtragskredit in der Höhe von 296 000 Franken. Das beschloss dieser an seiner Sitzung vom 1. April einstimmig.



Nach langer Suche hat die Balzner Seniorenkommission nun einen Treffpunkt gefunden. (Symbolfoto: SSI)

Ursprünglich sei die Alte Sennerei als möglicher Treffpunkt im Gespräch gestanden. Allerdings seien diese Räumlichkeiten nicht für diesen Zweck geeignet, da sie nicht behindertengerecht sind. Ein Problem,

das die Liegenschaft an der Fürstenstrasse 51 nicht habe. Die Gemeinde steht gemäss eigenen Angaben bereits im Gespräch mit dem Besitzer des Gebäudes. Sie sehe vor, dass sich der Eigentümer um die Aussenhülle

des Hauses kümmert, während der künftige Mieter für den Innenbereich verantwortlich ist. Alle künftigen baulichen Massnahmen solle der Mieter «nach eigenem Gutdünken» realisieren. (mw/pd)

Gemeinde übernimmt

Neuer Pachtvertrag für Restaurant Riet

BALZERS Bislang waren die Betreiber des Restaurants Riet auch die Pächter der Wohnungen im ersten und zweiten Obergeschoss. Nun ist die Gemeinde Balzers, der das Gebäude gehört, für die Wohnungen verantwortlich. Wie aus dem Protokoll über die Sitzung vom 1. April hervorgeht, entsprehen die Wohnungen nicht mehr dem heutigen Standard. So fehle beispielsweise ein Lift. Hierfür wären demnach grössere Sanierungsarbeiten notwendig. Mit dem neuen Pachtvertrag kann die Gemeinde zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, wann und in welchem Umfang diese Renovationen stattfinden werden beziehungsweise wie die Räumlichkeiten künftig vermietet werden. (mw/pd)